



EMNID-Umfrage belegt: NRW-SPD ohne absolute Mehrheit

Generalsekretär Herbert Reul:

Die Rau-SPD hat den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren

NRW-Bevölkerung klar für Direktwahl der Bürgermeister

Die Anfang November veröffentlichte EMNID-Umfrage zur politischen Lage in Nordrhein-Westfalen ist ein klarer Beleg für den Erosionsprozeß der SPD an Rhein und Ruhr. Danach votierten nur noch 47 Prozent der Wähler für die Regierung Rau, 7 Prozent weniger als Anfang Oktober, als das FORSA-Institut für die Sozialdemokraten in NRW stolze 54 Prozent vermeldete. Das Ruhekitzen der absoluten Mehrheit für Rau und Genossen ist somit dahin. Bringt man dazu den persönlichen Vertrauensbonus des Ministerpräsidenten — von Kennern der politischen Szene unisono auf ca. 8 Prozent geschätzt — in Abzug, bietet die NRW-SPD das Bild einer normalen 40-Prozent-Partei.

Wie sich in den letzten Monaten gezeigt hat, ist sie ohne ihre Galionsfigur Johannes Rau regierungsunfähig. Rau hat diese Tage seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen — ob er das Blatt für seine Partei noch einmal zu wenden vermag, darf angesichts des gewaltigen Problembergs, den diese Landesregierung durch Nichtstun angehäuft hat, bezweifelt werden. Die vermeintlich rote Bastion in NRW hat mehr als eine Bresche.

Die Union liegt laut EMNID landesweit bei jetzt 32 Prozent, während Grüne, FDP und leider auch Republikaner jeweils 6 Prozent erzielen. Gravierender jedoch ist die Tatsache, daß rund drei Viertel der Wähler in NRW mit der regierenden SPD unzufrieden sind, 23 Prozent gar eine sofortige Ablösung der Regierung Rau fordern. Zweifellos schlagen die Probleme, mit denen sich die Bundesregierung zur Zeit konfrontiert sieht, sowie die

angekündigten unpopulären Maßnahmen im Zuge der Finanzierung der deutschen Einheit für die NRW-CDU negativ zu Buche. Demgegenüber sind die Gründe für die Verluste der SPD hausgemacht. Ursache für den Vertrauensverlust der Landesregierung ist einzig und allein die umfangreiche Liste von Versäumnissen, Pannen und Skandalen, die sich diese Regierung nun schon seit Jahren leistet, ohne daß der Regierungschef in der Lage wäre, die Notbremse zu ziehen.

Für mich gilt einmal mehr: Wir müssen die landespolitischen Alternativen der CDU noch deutlicher und prägnanter unters Volk bringen. Immerhin offeriert die EMNID-Erhebung hierzu ermutigende Ergebnisse. Die für die CDU derzeit wichtigsten politischen Themen, Asyl und Innere Sicherheit, rangieren auch auf der Prioritätenskala der Bevölkerung ganz oben. Überwältigende 96 Prozent

der Befragten nannten als wichtige Aufgabe, das Asyl- und Ausländerproblem in den Griff zu bekommen, 93 Prozent sahen es als wichtig an, den Radikalismus abzuwehren und 89 Prozent, den Bürger wirksamer vor Verbrechen zu schützen. In allen diesen Themenbereichen wird der CDU eine höhere Kompetenz zuge-
traut als den regierenden Sozialdemokraten. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern. Dies gilt zum Beispiel für das Thema „Alltagskriminalität“, dem wir uns auf dem bevorstehenden Landesparteitag in Neuss intensiv widmen werden.

Auch in punkto Kommunalreform sehen wir jetzt klarer: Da sich die NRW-Bevölkerung mit 84 Prozent (SPD-Wähler

sogar mit 86 Prozent) überraschend klar für die Direktwahl der Bürgermeister ausspricht, sollte uns dies Auftrag sein, die Einführung der Urwahl der kommunalen Spitzenkandidaten notfalls über ein Volksbegehren zu erzwingen. Es darf nicht sein, daß die Bevölkerung in dieser Frage keinen parlamentarischen Anwalt hat.

Mein Fazit der Umfrage: Die CDU-NRW hat weder Anlaß zur Euphorie noch zur Resignation. Koalitionsspielen sind ebenso fehl am Platz wie Personaldiskussionen. In Nordrhein-Westfalen ist viel zu tun. Johannes Rau wird die Probleme des Landes nicht lösen. 1993 ist deshalb für die CDU ein Jahr harter Sacharbeit.

Norbert Blüm:

Nordrhein-Westfalen muß wieder Investitionsstandort Nr. 1 in Europa werden

NRW-Industrie verlor 60000 Arbeitsplätze – Regierung Rau bleibt untätig

Die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen gibt derzeit allen Anlaß zur Sorge. In den vergangenen 12 Monaten gingen in der Industrie unseres Landes nahezu 60 000 Arbeitsplätze verloren. Nordrhein-westfälische Firmen erzielten seit September 1991 bis heute mit einem Produktionsrückgang von 3 Prozent das schlechteste Ergebnis unter sämtlichen westdeutschen Flächenländern. In den letzten zehn Jahren lag das Wirtschaftswachstum in NRW 8,6 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Das bedeutet allein für 1992 geschätzte Steuermin-

dereinnahmen von rund 5,4 Mio. DM. Das Handelsbilanzdefizit betrug 1991 in Nordrhein-Westfalen annähernd 30 Milliarden DM. Dies sind alarmierende Zahlen.

Vor diesem Hintergrund wirkt sich die bundesweit anhaltende konjunkturelle Verschlechterung auf den Arbeitsmarkt in NRW besonders negativ aus. Die Zahl der Erwerbslosen lag Ende Oktober um 11 000 und damit um 2 Prozentpunkte höher als im Vormonat, sogar 10 Prozent höher als im Oktober 1991. Auch die Kurzarbeit ist gegenüber September um mehr als 80 Prozent angestiegen. Mit

einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit im Winter 1992/93 ist zu rechnen.

In dieser Situation bedarf es zunächst einer strikten und konsequenten Stabilitätspolitik der öffentlichen Haushalte. Daneben bedarf es aber in NRW mehr denn je einer zukunftsorientierten regionalen Wirtschaftsförderungspolitik, um im künftigen europäischen Binnenmarkt als führender Wirtschaftsstandort bestehen zu können. Leider tritt die Regierung Rau hierbei jedoch seit Jahren auf der Stelle und läßt Taten vermissen. Immer dringender werden die Rufe der Wirtschaftsverbände nach wirksamen strukturpolitischen Maßnahmen der Landesregierung, und auch der DGB NRW bescheinigte noch im Frühjahr der regierenden NRW-SPD, in Sachen Wirtschaftsförderung- und Strukturpolitik vollkommen versagt zu haben. Festsustellen ist, daß die Investitionsquote des Landeshaushaltes stark gesunken ist. 1966 waren es noch 26,3 Prozent, 1991 nur noch 14,4 Prozent. Das Land NRW gibt zu wenig Geld für Investitionen und Zukunftsaufgaben aus und zu viel für den Schuldendienst. Statt regionalisierter Strukturpolitik betreibt die Landesregierung sektorale Wirtschaftsförderung nach „Gutsherrenart“ und verspielt so die Zukunftschancen Nordrhein-Westfalens im künftigen EG-Binnenmarkt.

Investitionen sind das A und O jeder Wirtschaftspolitik. Sie sind auch der Anfang jeder Sozialpolitik. Denn nur wo investiert wird, wird auch gewinnbringend produziert. Rentable Produktion wiederum ist die Quelle, aus der sich die Solidarleistungen der Sozialpolitik speisen. Wir brauchen also Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen investieren. Wie die Erfahrungen in den neuen Bundeslän-

dern lehren, müssen dazu heute mehr denn je die Rahmenbedingungen stimmen. In NRW stimmen die Rahmenbedingungen leider immer weniger. Wir müssen innovativen Unternehmern die Arbeit erleichtern. Vordringlich sind dabei folgende Maßnahmen:

■ Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen dringend verkürzt werden. Positive Erfahrungen hierzu haben wir zum Beispiel durch das Beschleunigungsgesetz in den neuen Bundesländern gemacht.

■ Neben einer wirtschaftsnahen Infrastruktur brauchen wir in NRW dringend weitere Industrie- und Gewerbeflächen. Hier muß Dampf gemacht werden, damit diese Flächen schneller zur Verfügung stehen. Vor allem sollten Industriebrachen saniert und für neue Industrieansiedlungen aufbereitet werden.

■ NRW benötigt umgehend eine europagerechte Verkehrsinfrastruktur. Der Transitverkehr durch unser Bundesland hat sich durch die Deutsche Einheit beträchtlich erhöht; der Europäische Binnenmarkt schließlich macht NRW zum größten deutschen Transitland für den internationalen Fernverkehr. Die SPD-Landesregierung hat es bisher veräumt, auf die neuen verkehrspolitischen Herausforderungen zu reagieren.

■ Wir müssen dringend den Dschungel aus Bürokratie und Rechtsvorschriften Einhalt gebieten. Es darf nicht sein, daß ansiedlungswillige Produktionsbetriebe durch immer zahlreichere Bestimmungen, Vorgaben und Verfahren abgeschreckt werden.

Gerade angesichts der immensen Kosten der Deutschen Einheit und der konjunkturellen Abflachungstendenzen müssen die Defizite des prinzipiell entwicklungs-



fähigen Standorts Nordrhein-Westfalen rasch behoben werden. Als Einstieg sollte die Wirtschaftförderungspraxis in NRW von einer unabhängigen Unternehmensberatungsgesellschaft untersucht werden, um Schwachstellen und Versäumnisse besser in den Blick zu bekommen. Dies liegt im Interesse des Landes. Oder fürchtet die SPD ein erneutes „Kienbaum-Debakel“?

■ **Die CDU-Mittelstandsvereinigung NRW** wählte am 10. Oktober 1992 in Büren ihren neuen Landesvorstand. Als Landesvorsitzender wurde Hansheinz Hauser bestätigt. Stellvertretende Landesvorsitzende sind Dieter Bischoff, Martin Kannegießer, Prof. Dr. Winfried Pinger MdB, Hartmut Schauerte MdL und Udo Th. Thüner. Als Landesschatzmeister wurde Werner Emmers, als sein Stellvertreter Dieter Berchem gewählt. Als Beisitzer fungieren: Dr. Dieter Abels, Karl Böker, Gabriele Breuer, Joachim Erwin, Helmut Harbich MdL, Bernhard Iwers,

Jacob Kohl, Dr. Christoph Konrad, Wolfgang Laufer, Eckhard Pleuger, Franz Püll MdL, Manfred Rauw, Dr. Alex Rolinck, Klaus Schloesser, Bernhard Schmitz, Günter Stammes, Dr. Hans Strake, Gerhard Strassel, Hans Tischer, Renate Trost, Gudrun Wüsthof und Ferdinand Zerbst.

■ Am 31. Oktober 1992 führte die **Kommunalpolitische Vereinigung der CDU NRW** ihre 31. Delegiertenversammlung in Coesfeld durch. In den neuen Landesvorstand wurden gewählt: Vorsitzender Dr. Jörg Twenhöven MdL, stellvertretende Vorsitzende Karin Hussing MdL, Hans-Peter Lindlar MdL und Heinrich Niehaves, Landesschatzmeister Dr. Bernhard Winnemöller, Schriftführer Alfons Poggemann, Beisitzer Brigitte Bernhard, Reimund Billmann, Hans-Joachim Boltz, Clemens Bruch, Dr. Heinrich Hoffschulte, Erich Immesberger, Gerd Jacobs, Dietmar Katzy, Hanspeter Klein, Günter Langen MdL, Dr. Hans Lemmen, Hildegard Matthäus MdL, Matthias Nocke und Herbert Veltkamp.

Termine CDU-Landesverband

26. 11. 1992	19.00 Uhr	NRW-Kultur-Gespräch mit Norbert Blüm im Schloß Köln-Wahn	Köln
29. 11. 1992	10.00 Uhr	Norbert Blüm bei der Betriebsversammlung der Ruhrkohle Niederrhein AG, Bergwerk Walsum, Stadthalle Walsum	Duisburg
29. 11. 1992	9.00 Uhr	CDA NRW Gedenkgottesdienst	Köln
30. 11. 1992	19.00 Uhr	Kamingespräch der JU NRW mit Dr. Jürgen Micksch, Vorsitzender von Pro Asyl	Düsseldorf
9. 12. 1992		Konstituierende Landesvorstandssitzung der Mittelstandsvereinigung	Krefeld